

Ergebnis
Dienstags, Donnerstags und Sonnabends
Abonnementpreis pro Quartal:
durch die Post bezogen 1 Mk. 25 Pf. egl. Bestellgebühr,
frei ins Haus 1 Mk. 50 Pf.
Abonnements werden von sämtlichen Post-Anstalten
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen

Teltower

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Sühnow-Straße 87,
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Zeile oder deren Raum 20 Pf.

Kreis-



Blatt.

Expedition Berlin W., Sühnow-Straße 87

Fernsprech Anschluss Amt VI., Nr. 671.

Nr. 24.

Berlin, Sonnabend, den 25. Februar 1893.

37 Jahrg.

Redaktion und Expedition befinden sich jetzt. Berlin W., Sühnowstraße 87 + Haus von der Potsdamerstraße, gegenüber dem Elisabeth-Krankenhaus

Monats-Abonnements

auf das „Teltower Kreisblatt“ zum Preise
von 50 Pf. (exklusive Bestellgeld) werden
von den Kaiserlichen Postanstalten den
Briefträgern und unseren Expediteuren
entgegengenommen.

Die Expedition.

Nutliches.

Berlin, den 22. Februar 1893.

Die Herren Steuer-Erheber und Versicherungs-
Kommissare eruchen wir, den Auszug aus dem
Versicherungs- und Klassenbuch über die im Monat
Februar 1893 verkauften Schweine spätestens bis
zum 4. März d. J. einzureichen.
Teltower Kreiscommunal-Kasse.
Sauer mann.

Personal-Chronik.

Es sind wiedergewählt, bzw. gewählt und als
bestätigt und vereidigt worden:
der Gemeinde-Vorsteher Konrad V a s c h e zum
Steuer-Erheber der Gemeinde Klein K r i s i s;
der Deconomie-Inspektor a. D. Wegener
zum Schöffen der Gemeinde Deutsch Wil-
mersdorf;
der Baugutsbesitzer Karl Becker zum
stellvertretenden Schöffen der Gemeinde R a c h s-
Neuendorf;
der Baugutsbesitzer Wilhelm Beh-
rendt zum Schöffen der Gemeinde B r i s.

Nichtamtliches.

Kundschau.

Deutsches Reich.

Am Donnerstag Vormittag arbeitete der
Kaiser zunächst allein. Kurz vor 11 Uhr be-
gaben sich die kaiserlichen Majestäten nach
dem Stettiner Bahnhofe, von wo aus die Ab-
reise nach Neustrelitz erfolgte. Auf dem
festlich geschmückten Bahnhofe dastanden
der Kaiser und die Kaiserin von dem
großherzoglichen Paare herzlich empfangen
und sodann nach dem Schlosse geleitet. Nach-
mittags 4 Uhr erfolgte die Rückreise. Obgleich
jeder offizielle Empfang verfallen war, wurden
die Majestäten doch lebhaft empfangen. Im
Schlosse fand Familienafel statt. Der Besuch
erfolgte in Erinnerung eines früheren Be-
suches, welchen die großherzoglichen Herrschaften
in Berlin abgestattet hatten.

Der Kaiser hat am Mittwoch-Mittag
im königlichen Schlosse in Gegenwart des
Präsidenten des Staatsministeriums und des
Ministers für Landwirtschaft eine Abordnung
der Landwirtschaftlichen Centralver-
eine der östlichen Provinzen empfangen,
welche beauftragt war, die Wünsche der Land-
wirtschaft zur Kenntnis des Kaisers zu bringen
und um deren Förderung zu bitten. Wie der
„Reichsanzeiger“ mitteilt, überreichte Herr
v. Below die Denkschrift mit nachstehender
Ansprache:

„Em. Majestät danken wir allerunterthänigst,
dass es uns vergönnt ist, uns dieser Stelle nahen
zu dürfen. Wir kommen in schwerer Sorge wegen
des Niederganges, und wegen der Zukunft unseres
landwirtschaftlichen Gewerbes, um uns ehrfurchts-
vollst an Em. Majestät landesväterliches Herz un-
mittelbar zu wenden. Unsere allerunterthänigste
Bitte geht dahin, die von uns in einer Denkschrift
näher bezeichnete Sache huldvollst zu prüfen und
unserer Wünsche mit einem machtvollen Königs-
worte Sich Allergnädigst annehmen zu wollen, wie
dieses von Em. Majestät Durchlauchtigsten Vor-
fahren glorreichen Andenkens zum Segen des
Landes wiederholt geschehen ist. Geruchen Em. Ma-
jestät allergnädigst die Denkschrift entgegennehmen
zu wollen.“

Der Kaiser erwiderte hierauf Folgendes:
„Ich danke Ihnen, Meine Herren, dass Sie
zu Mir gekommen sind und Sich unmittelbar an
Ihren Landesvater wenden. Wie Mein unab-
lässiges Streben auf das Wohl Meines Landes
gerichtet ist, so ist es auch Mein Wunsch und
Wille, den Schwierigkeiten und Sorgen abzu-
helfen, mit welchen die Landwirtschaft, zumal in den öst-
lichen Provinzen, zu kämpfen hat. Die Mittel
und Wege, welche hierzu einzuschlagen, sind
mannichfacher Art und schwieriger Natur. Nur
einer längeren Zeit wird es, auch bei voller Hin-
gabe Meiner Regierung an die gestellte Aufgabe,
gelingen, dem angestrebten Ziele näher zu kommen.“

Dazu bedarf es vor allem des Friedens, zu dessen
Erhaltung auch Sie beitragen können, indem Sie
für die Stärkung unserer Wehrkraft eintreten. Die
Wünsche, welche Sie Mir vortragen, werden von
Meiner Regierung eingehend geprüft und nach
Möglichkeit berücksichtigt werden. Je mehr dies
geschehen und das Gedeihen der Landwirtschaft
gefördert werden kann, desto größer wird Meiner
Befriedigung sein, da die Landwirtschaft und die
ackerbaurende Bevölkerung Mir besonders am
Herzen liegen. Ich erblicke gleich Meinen Vor-
fahren in ihr, wie Ich vor drei Jahren in Königs-
berg auf dem Feste der Provinz ausgesprochen
habe, eine Säule des Königthums, die zu erhalten
und zu festigen Mir Pflicht und Freude ist, und
Ich vertraue zuversichtlich, dass Sie sich als solche in
aller Treue allezeit bewähren werden.“

— Graf Caprivi vollendete gestern sein
62. Lebensjahr. Er ist geboren am 24. Fe-
bruar 1831 in Berlin.

— Das erste mittelst des neuen Stabes
von dem Gouverneur von Kamerun nach
Deutschland geschickte Telegramm war an
den deutschen Kaiser gerichtet und über-
brachte diesem eine Kundgebung der dortigen
deutschen Kolonie. Der Monarch antwortete
sodort auf demselben Wege.

— Gegen die Einwanderung russi-
scher Juden in Deutschland gedenkt, wie
verlautet, die konservative Partei dem-
nächst eine Interpellation im Reichstage ein-
zubringen.

— [Zur Militär-Vorlage.] Immer
bestimmter tritt die Meinung auf, dass mit
Ausnahme etwa der bayerischen Abgeordneten,
die Centrumpartei schließlich für einen zwei-
möglichen Ausgleich über die Militärvorlage ein-
treten wird.

— Was über die Vorbereitungen zur
Dresdener Cholera-Konferenz verlautet,
zeigt deutlich, dass die Regierungen auf eine
nachdrückliche Bekämpfung der Seuchengefahr
ohne jede unnötige Beschränkung des Verkehrs
bedacht sind. Aus diesem Grunde werden auch
wahrscheinlich zu Vertretern hauptsächlich Diplo-
maten bezeichnet, die mit den Verhältnissen
möglichst vertraut sind.

— Der Großherzog von Baden hat
eine Verordnung über die Errichtung eines
Landesgewerbeberaths erlassen. Diesem soll
die Berathung der ihm von der Staatsverwal-
tung in Bezug auf die Förderung des Ge-
werbes im Allgemeinen und in Bezug auf das
gewerbliche Unterrichts- und Bildungswesen vor-
gelegten Fragen, die Begutachtung der sich auf
das Gewerbe beziehenden Gesetze, Verord-
nungen und sonstigen behördlichen Anordnungen
allgemeiner Art, die Einbringung von Vor-
schlägen und Anträgen im Interesse des Ge-
werbes, die Aufstellung von Vorschlagslisten
für die Ernennung außerordentlicher Mitglieder
des Gewerbe-Raths aus dem Gewerbebestand
obliegen. Den Vorsitz im Landesgewerbeberath
führt der Präsident des Ministeriums des Innern,
bzw. der von diesem ernannte Stellver-
treter. Die Mitglieder sind auch außerhalb
der Sitzungen Organe des Ministeriums des
Innern, sie nehmen aber diesen Posten als
Chrenamti ein.

— Befuß Stellungnahme zum Reichs-
Seuchengesetz wird demnächst ein außer-
ordentlicher deutscher Arztetag ein-
berufen werden.

— Die „Statistische Korrespondenz“ bringt
einen Artikel über den Einlagezinsfuß bei
den öffentlichen Sparkassen Preußens
in den Jahren 1890 bis 1892, aus dem hervor-
geht, dass die Rückläufe, die aus den von ihr
mitgetheilten Ziffern gezogen sind, völlig falsch sind.
Die „Stat. Kor.“ schreibt: Neben der Spar-
thätigkeit und Sparfähigkeit des Volkes ist un-
zweifelhaft der Einlagezinsfuß der Sparkassen oder
richtiger sein Unterschied gegen den anderweitig zu
erzielenden Ertrag der Ersparnisse von wesentlichem
Einfluss auf die Bewegung der Spareinlagen. Die-
selben steigen um so schneller, je weniger der Ein-
lagezinsfuß hinter dem allgemeinen zurückbleibt,
und umgekehrt. Der allgemeine Zinsfuß nun
dürfte von 1889 bis 1892 eher gestiegen als ge-
sunken sein. Unter diesen Umständen hätte es schon
im Jahre 1890/91 nicht Wunder nehmen können,
wenn bei gleichbleibendem Einlagezinsfuß die
Spareinlagen nicht mehr in demselben Maße ge-
wachsen wären wie in den Vorjahren. Nun haben

aber in jenem Jahre die Sparkassen ihren Zins-
fuß nicht etwa der allgemeinen Steigerung ent-
sprechend erhöht, sondern überwiegend sogar her-
untergesetzt. Von 928 öffentlichen Sparkassen
Preußens letzten nur 20 den Zinsfuß herauf,
während 227, also fast ein Viertel, ihn erniedrigten.
Die Thatfache, dass der Einlagezinsfuß des Jahres
1890 mit rund 181 Millionen Mark gar nicht allzu
weit hinter demjenigen der beiden Vorjahre, die
mit 217 bzw. 214 Millionen Mark die höchsten
bisher erreichten Zuwachsbeträge aufwiesen, zurück-
gefallen ist, wirkt hiernach ein besonders günstiges
Licht auf die Sparthätigkeit jenes Jahres. Im
Zusammenhange hiermit aber wird auch die Ein-
lagebewegung des Jahres 1891 bzw. 1891/92 be-
urtheilt werden müssen. Zwar hat dieses Jahr
nicht etwa, wie vielfach behauptet worden ist, einen
„Rückgang“ der Spareinlagen bemessen, vielmehr
haben diese um 125 Millionen Mark, d. h. fast
viermal so schnell wie die Bevölkerung zugenommen.
Immerhin aber ist dieser Zuwachs wesentlich ge-
ringer als in den Vorjahren. Es dürfte sich hierin
neben anderen Gründen auch die Nachwirkung der
ungewöhnlichen Zinsherabsetzungen des Vorjahres
zeigen.

Russland.

— Aus Kamenez-Podolsk läuft die Nach-
richt ein, die Cholera sei sehr stark im Zu-
nehmen begriffen. Im Gouvernement sollen
angeblich 500 Erkrankungen täglich vorkommen.
Auch aus anderen Bezirken wird ein Wieder-
ausleben der Epidemie gemeldet.

Aus den Parlamenten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Februar.

— Die zweite Berathung des Etats des Reichs-
amts des Innern wird fortgesetzt. Zum Beginn
der Sitzung spricht Präsident v. Ebelow sein
Bedauern aus, dass Abg. Bebel gestern den Rbeber
Schiff in Elßleth einen Massenmörder genannt. Er
erklärt darin eine Ueberschreitung der Rechte der
Abgeordneten. Dann wird das Gesetz betr. Ein-
führung einer einheitlichen Zeitbestimmung debattiert
fortgesetzt. Abg. Hirsch (fr.) spricht beim „Statis-
tischen Amt“ sein Ersuchen aus, dass die Berliner
Maurerrentenkasse vom dortigen Magistrat eine
Subvention von 30 000 Mk. erhalten hat. Eine
jede Klasse werde schmerzlich fühlbar erhalten. Staats-
sekretär v. Bötticher erwidert, der Klasse sei ein
größerer Unternehmer mit Beiträgen durch die
Lappen gegangen; deshalb habe der Magistrat einen
Zuschuß gewährt. Beim Kapitel „Nahrungsam-
theil“ Staatssekretär v. Bötticher mit, dass Erhe-
bungen wegen einer obligatorischen Auktion der
Bierfässer stattfänden. Beim Gesundheitsamt wird
mitgetheilt, dass die Verwendung von Malsurro-
gaten bei der Bierbereitung in Norddeutschland
nur noch sehr gering sei. Hieran knüpft sich eine
längere Debatte über die Verwendung von Surro-
gaten beim Bierbrauen, deren Verbot von mehreren
Rednern gewünscht wird. Alsdann wendet sich die
Debatte der Cholerafrage zu. Staatssekretär v.
Bötticher theilt mit, dass sich Choleraerregung in der
Elbe nicht lange wirksam halten. Abg. Vingsen
(Ctr.) wendet sich gegen die Feuerbestattung, die
von freiwillegigen Rednern gewünscht wird. Staats-
sekretär v. Bötticher antwortet, das Reich habe mit
dieser Sache nichts zu thun, es begrabe und ver-
brenne Niemand. (Hinterheit.) Abg. Frohme (Soz.)
wünscht größere Vollmachten für das Reichsge-
sundheitsamt zur Bekämpfung von Epidemien. Dieran
knüpft sich noch allgemeine Erörterungen, nach
welchen die Weiterberathung vertagt wird. Alle
Forderungen werden unverfügt bewilligt.

Berlin, 23. Februar.

— Am Donnerstag wurde beim Etat des
Reichsgeundheitsamts der Antrag Baumbach (fr.)
erörtert, auch Frauen zur Approbation als Aerzte
zuzulassen. Abg. Baumbach (fr.) befrwortete
seine Forderung, für welche, wie er hervorhob, eine
recht günstige Stimmung herrsche, besonders unter
Hinweis auf andere Länder, wo schon zahlreiche
Frauen als Aerzte thätig seien, die sich auch bemüht
hätten. Staatssekretär v. Bötticher erwidert, das
Reich könne in dieser Sache nichts thun, über
welche die Einzelstaaten zu bestimmen hätten. Diese
müßten dafür sorgen, dass Frauen Gelegenheit zum
Gymnasialbesuch und Universitätsstudium gegeben
werde, erst dann könne von Weiterem die Rede sein.
Abg. Hartmann (konf.) schließt sich dem an, Abg.
Fehr v. Bar (fr.) tritt für den Antrag und meint,
man solle Frauen, die in Bütich oder Bern studiert
hätten, bei uns zur Approbation zulassen. Staats-
sekretär v. Bötticher verweist darauf, dass hierdurch
eine Ungleichheit zwischen Frauen und Männern
zu Gunsten der ersteren geschaffen werde. Abg.
Endemann (natlib.) befürchtet, dass durch Zulassung
der Frauen zur ärztlichen Praxis viele männliche
Aerzte auf die Straße geworfen würden. Abg.
Bebel (Soz.) verlangt Zulassung der Frauen zu
allen wissenschaftlichen Studien und Berufen. Abg.
Ricker (fr.) befrwortet den Antrag und Abg.
Böffel (freikons.) bekämpft denselben. Hierauf wird
der Antrag von der Tagesordnung abgesetzt. Zum

Etat des Reichsversicherungsamts werden von ver-
schiedenen Rednern Wünsche ausgesprochen, und
dann die Berathung auf Freitag Nachmittag vertagt.

Preussischer Landtag.

Berlin, 22. Februar.

— [Abgeordnetenhaus.] Am Mittwoch
beschloß das Haus die Einstellung des gegen den
Abg. Fehr v. Hammerstein schwebenden Strafver-
fahrens wegen Preßvergehens und setzte dann die
Berathung des Kultusetats fort, von dem wieder
mehrere Kapitel genehmigt wurden. In der De-
batte wurden verschiedene Wünsche bezüglich Ueber-
nahme höherer Schulen auf den Staat laut. Von
Seiten der Centrumpartei und der Polen wurde
die Berufung der Lehrer der höheren Lehranstalten
nach Konfession und Nationalität zur Sprache ge-
bracht, der Minister versicherte, er würde durchaus
nach Billigkeitbrücksichten verfahren. Auf eine An-
frage erwidert Geh.-Rath Gernar, die Regierung
wolle nach Durchführung der Steuerreform eine
Prüfung einsetzen lassen, ob die Gemeinden, welche
heute Schulsubventionen empfangen, diese auch
wirklich nöthig hätten. Von verschiedenen Rednern
wird noch der Wunsch nach Beschleunigung der
Durchführung des Normalgesetzes ausgesprochen. Die
zur Debatte stehenden Forderungen werden unver-
fügt bewilligt. Der Präsident kündigt Abend-
sitzungen an, wenn die Berathungen nicht schneller
fortschreiten.

Berlin, 23. Februar.

— [Abgeordnetenhaus.] Am Don-
nerstag wurde die zweite Berathung des Kultus-
etats fortgesetzt. Die Forderungen für das Volks-
schulwesen wurden bewilligt. In der Debatte
sprach Abg. Lubrecht und Schandendorff (natlib.),
Ricker (fr.) den Wunsch aus, dass die Gehalts-
aufbesserungsvorlage für Volksschullehrer noch in
dieser Session zu Stande kommen möchte; Kultus-
minister Bosse bezeichnet das ebenfalls als nöthig,
Abg. Vorsch (Ctr.) und v. Seydebrand (konf.)
werden einen Theil der Forderung bewilligen,
können aber einen Nothstand unter den Lehrern
nicht anerkennen. Kultusminister Bosse konstatiert,
dass thatsächlich schreiende Ungerechtigkeiten vor-
liegen. Abg. Dauzenberg, Dasbach und Strombeck
(Ctr.) wünschen Befreiung der Kreis- und Provinz-
schulinspektoren und Uebertragung der Befugnisse derselben
an die Ortsgeistlichen. Kultusminister Dr. Bosse
erklärt das für unzulässig; die Kreis- und Provinz-
schulinspektoren können heute nicht mehr entbehrt werden. Abg.
Dauzenberg und Brandenburg (Ctr.) wünschen
Vertiefung der religiösen Vorbildung der Lehrer
und bedauern das Scheitern des vorjährigen Volks-
schulgesetzes. Alsdann wurde die Sitzung auf acht
Uhr Abends vertagt.

Berlin, 23. Februar.

[Abgeordnetenhaus.] In der Abend-
sitzung wird der Rest des Etats des Schulwesens
bewilligt. Zu einer größeren Debatte kam es
dabei nicht.

Heer und Marine.

— Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffent-
licht eine kaiserliche Kabinets-Ordre, worin be-
stimmt wird, dass das 8. und 16. Armeekorps
im bevorstehenden Sommer vor dem Kaiser
Manöver abhalten.

Aus dem Gebiete der Arbeiter- Versicherungen.

— [Altersrentenempfänger des
Jahres 1891.] Das Reichsversicherungsamts hat
kürzlich eine Statistik der Altersrentenempfänger
des Jahres 1891 veröffentlicht. Die Statistik be-
zweckt, näheren Aufschluss über den Kreis derjenigen
Personen zu geben, die im ersten Jahre nach dem
Zurücktreten des Invaliditäts- und Altersversiche-
rungsgesetzes auf Grund der Uebergangsbestimm-
ungen in den Genuss der Altersrente gelangt
sind. Die Beobachtungen umfassen im Ganzen
124 397 Personen und betreffen im wesentlichen
die bis zum 1. Dezember 1891 rechtskräftig be-
willigten Altersrenten. Von den Rentenempfängern
waren 90 491 männliche und 33 906 weibliche. Bei
der Vertheilung auf die einzelnen Berufsarten er-
giebt sich, dass über die Hälfte sämtlicher Renten-
empfänger, nämlich 66 338, auf die Land- und
Forstwirtschaft entfallen. Daraus bemerkt die
amtliche Publikation: „Die Eintheilung nach Be-
rufsgруппen zeigt ein starkes Ueberwiegen der in
der Landwirtschaft beschäftigten Personen. Ins-
besondere lassen die Verhältnisse der in den
einzelnen Berufsarten thätigen männlichen und weib-
lichen Altersrentenempfänger nach Geburtsjahre
deutlich erkennen, dass die beiden Geschlechter vor-
wiegend in landwirtschaftlichen Betrieben bis zum
höchsten Alter erwerbsthätig sind. Das Verhältnis
der von der Gesamtzahl eines Geburtsjahrganges
auf diese Berufsgruppe entfallenden Rentenempfänger
nimmt mit dem höheren Alter stetig zu und steigt
von 520 und 410 auf 1000 Personen bis gegen
600 bzw. 500. Nach dem Wohnorte lebten von
90 491 männlichen Rentenempfängern nicht weniger
als 78 969 und von 33 906 weiblichen nicht weniger